

Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

AUSGABE
Oktober
No. 82



Unsere Themen

Beiträge zum Thema Resiliente Stadt	1 – 8
Frachtflugverkehr in der Kritik	8
Grüne Bürgermeister*innen vorgestellt	9
Fair statt Mehr	10
Regionalplan Westsachsen	10
Stadtentwicklungsprojekt Freiladebahnhof	11
Leipzig – inklusive Sportstadt	11

Neustart: Grüne Ideen für ein krisenfestes Leipzig

Liebe Leserin, lieber Leser,

2020 wird uns lange in Erinnerung bleiben. Die Corona-Pandemie stellt alles auf den Kopf. Zum ersten Mal wurde definiert, wer systemrelevant ist – nämlich ganz eng Menschen, die für Menschen arbeiten, sei es in der Pflege, an kritischen Infrastrukturen oder bei der Feuerwehr. Als Stadt und Stadtgesellschaft in Krisen bestehen zu können, davon handelt diese Ausgabe des Ratschlags. Auch für unsere Ratsfraktion ist dieses Jahr neuartig: Mit der Oberbürgermeisterwahl und der Wahl von vier Beigeordneten wurden wichtige Personalien entschieden. Als Grüne Ratsfraktion haben wir dazu beigetragen, die Dezernatsstruktur zu erneuern. Mit der Teilung des Amtes für Jugend, Familien und Bildung in Amt für Bildung und Jugendamt wurde die Arbeitsfähigkeit für die wachsende Stadt gestärkt und mit der Einrichtung des Demokratiereferats können wir Beteiligung, Demokratie und Extremismusprävention voranbringen. Die Zuordnung des Liegenschaftsamts zum Stadtentwicklungsdezernat stärkt die strategische Liegenschaftspolitik für Wohnen und Daseinsvorsorge.

Besonders stolz sind wir darauf, zwei Bürgermeisterpositionen mit grünen Fachleuten besetzen zu können: Vicki Felthaus (Bürgermeisterin für Jugend, Schule und Demokratie) und Thomas Dienberg (Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau). Ihre Wahl spiegelt die gewachsene grüne Verantwortung im Rathaus wider. Erstmals sind wir mit zwei Dezernenten und damit

für einen großen Teil der finanziellen und personellen Mittel, vor allem aber für die Zukunftsthemen unserer Stadt zuständig. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und eine noch größere Sichtbarkeit bündnisgrüner Ratsarbeit. Augenfällig ist das schon heute: im ersten Jahr der neuen Wahlperiode konnten wir erfolgreich unsere Anliegen durchsetzen. Von 52 Anträgen wurden 29 durch die Ratsversammlung angenommen (im Verfahren sind noch 21, nur einer wurde abgelehnt, einer von uns zurückgezogen). Wir haben 66 Änderungsanträge gestellt, von denen 46 beschlossen wurden (im Verfahren sind noch elf, abgelehnt wurden sechs, von uns zurückgezogen wurden sechs).

Die Corona-Pandemie schärft den Blick wie in einem Brennglas, wie krisenanfällig die Art und Weise unseres Zusammenlebens, unseres Wohlstandsmodells, unseres Ressourcenverbrauches ist. Seit unserer Gründung mahnen wir, dass die Erde eben kein Ersatzteillager ist, auf das wir jederzeit zurückgreifen können, ist. Der Wohlstand von Unternehmen und Gesellschaften wird mit Parametern gemessen, die zur Zerstörung unserer eigenen Lebensgrundlagen und damit zu neuer Krisen beitragen. Die tatsächlichen wie auch die politischen Brände zeigen, dass der Klimawandel, die Kriege in der Welt, das Scheitern der transnationalen Bündnisse in wesentlichen Klima-, Wirtschafts-, Finanz- und Flüchtlingsfragen uns unmittelbar berühren.

Von Katharina Krefft und
Dr. Tobias Peter, Fraktionsvorsitzende

Corona zeigt akut, dass Gemeinwesen mit einer umfassenden Daseinsvorsorge und einem dichten Sozial- und Gesundheitssystem besser durch die Krise kommen, dass weltweite Bündnisse nötig und ein abgestimmtes und verbindliches Handeln transnational nötig sind. Wir leben in der Einen Welt. Die vielfältigen Erfahrungen an Solidarität, Empathie und gegenseitiger Unterstützung sind auch für andere Krisen nutzbar. Mit einem klaren Ja zu weltweit verbindlichen und finanzierten Bündnissen könnten wir zur Vermeidung von Krisen und zur Krisenfestigkeit beitragen, wenn sich eine Politik der Verantwortung durchsetzt. Eine nachhaltige und vorsorgeorientierte Politik der Krisenfestigkeit nimmt dabei das kollektive und das individuelle Verhalten in den Blick. Sie blockt Entwicklungen nicht ab, sondern versucht Problemen mit Einfallsreichtum und Innovation, Schnelligkeit und Agilität zu begegnen. Gesellschaften, die resilient sind, können vieles: Krisen vermeiden, sich von Krisen erholen; mit Krisen umgehen. Den Neustart als »Building back better« gestärkt aus Krisen hervorgehen und danach besser als vorher dastehen, genau diesem Anspruch folgen wir als bündnisgrüne Ratsfraktion.

Einige Ansätze für eine krisenfeste Stadtpolitik finden Sie / Du in diesem Ratschlag. Wir wünschen eine gute Lektüre und freuen uns, mit Ihnen / Dir darüber ins Gespräch zu kommen.

Wie resilient ist unsere Demokratie?

von Katharina Krefft

Unter demokratischer Resilienz verstehen wir die Fähigkeit eines Gemeinwesens, in gesellschaftlichen ... Krisensituationen ... immer wieder zu einer von der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Akzeptanz ... zu gelangen und dies in einem die Grundwerte einer pluralistischen Gesellschaft verteidigenden Sinne.

– Prof. Dr. habil Thomas Klie, Freiburg im Mai 2020

Die Corona-Pandemie ist eine Herausforderung von bislang unbekanntem Ausmaß. Nach den Absagen von Buchmesse, Kongressen und Veranstaltungen (nicht aber des Fußballspiels RB Leipzig / Tottenham) kam der Lockdown sehr kurzfristig und unvorbereitet. Die Ratsarbeit wurde gestoppt, doch eine wöchentliche Ältestenrat-Telefonkonferenz wurde zügig einberufen. Als Mitglied war ich nahe an den Informationen und konnte Fragen klären oder Forderungen erheben – zum drängenden Gewaltschutz im häuslichen Umfeld, zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und zu einer verantwortungsvollen Kommunikation.

Klar, im Ältestenrat konnte nur Aktuelles besprochen werden, hauptsächlich wurden Informationen übermittelt, aber Herr Jung stimmte die »Eilentscheidungen des OB« einzeln mit uns ab. Gleichwohl ging der Verwaltungsgang weiter, und so drängten wir Grüne mit unseren Ausschussvorsitzenden auf eine schnelle Wiederaufnahme der Sitzungen. Wir setzten Video-

konferenzen als distanzierendes Format durch, um die Vorlagen zu debattieren und abzustimmen. Und unserer Intervention ist es auch geschuldet, dass die Ratsversammlung schon im April wieder zusammentrat. Verkürzte Sitzungszeiten, entschlackte Tagesordnungen mit verminderten Fragerechten und vorrangig dringenden Verwaltungsvorlagen an einem Ort, der Abstand möglichst machte, bestimmten von nun an die Regie.

Wir haben in der Krisensituation gezeigt, dass Beteiligung auch unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Damit hat der Stadtrat gezeigt, dass die Steuerung nicht allein dem OBM überlassen bleiben muss. Möglich wurde das durch die neue Qualität der Zusammenarbeit mit OB Jung, der viel zugewandter für Anliegen von Bündnis 90 / Die Grünen geworden ist.

Diese Fähigkeit, mit veränderten Bedingungen umzugehen, nennen wir Resilienz. Die Leipziger Stadtpolitik hat sich in der Krise als resilient erwiesen.

Das ist wahrlich eine gute Grundlage für die weitere Demokratieentwicklung. Denn die resiliente Demokratie ist auf Transparenz bei der Entscheidungsfindung angewiesen. Die Erfahrung der Beteiligung schafft Vertrauen, dass auch in der Krise gut entschieden wird. Mit dem Aufbau eines Demokratiereferates werden wir genau das voranbringen: Räume der Beteiligung schaffen und Beteiligung erweitern auf politisch eher Desinteressierte, beruflich und familiär

Eingespannte, Migranten und Migrantinnen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Ältere oder sozial Benachteiligte. Beteiligungsformate sollen in alle Bereiche der Stadtverwaltung ausgerollt und die Beteiligungsleitlinien von 2012 endlich etabliert werden.

Wir haben in Leipzig eine selbstbewusste Kultur der Beteiligung entwickelt. Sie lebendig zu halten, ihren Wert zu bilden und ihre Bündnisse immer wieder zu erneuern, ist das beste Rezept für eine resiliente Stadt.



Fraktionsvorsitzende sozial- und demokratiepolitische Sprecherin sowie Sprecherin für Schulbau.

- Jahrgang 1978
- Ärztin in Weiterbildung
- verheiratet
- 5 Kinder

✉ katharina.krefft@t-online.de

🌐 www.katharina-krefft.de

📘 www.facebook.com/katharinakrefft2220

📷 www.instagram.com/katharinakrefft

Cooler Nachbarschaften – Wohnungspolitik für ein vielfältiges, bezahlbares und grünes Leben in der Stadt

von Dr. Tobias Peter



All das zeigt: die Wohnungsfrage ist unmittelbar verbunden mit sozialen und ökologischen Fragen. Wohnungspolitik für ein vielfältiges, bezahlbares und grünes Leben in der Stadt kann somit unterschiedlichen Krisen vorbeugen oder den Umgang mit ihnen erleichtern, kurz: sie ermöglicht urbane Resilienz.

Was heißt das konkret? Wer eine leistbare Miete zahlt und in einem angenehmen Wohnumfeld lebt, auf ein vielfältiges soziales Netzwerk zurückgreifen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Nähe weiß, kann robuster mit persönlichen und ökonomischen Krisensituationen umgehen. Deshalb ist es wichtig, soziale Vielfalt durch unterschiedliche Mietniveaus in einem Quartier und möglichst in einem Gebäude zu ermöglichen. So wird sozialer Wohnungsbau mit gesenkten Mieten insbesondere durch die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) gezielt dort gefördert, wo ein vergleichsweise hohes Mietniveau existiert. Investoren größerer städtebaulicher Erschließungsprojekte wie dem Eutritzscher Freiladbahnnhof werden auf einen Mindestanteil geförderten sozialen Wohnraums verpflichtet. Zusätzlich fördert die Stadt auf grüne Initiative hin den sozialen Wohnungsbau kleinerer und größerer Wohnungen, um Alleinstehende und Familien mit niedrigen Einkommen zu unterstützen. Diese Gruppen sollen auch durch eine Wohnungstauschplattform unterstützt werden, die der Stadtrat im Mai auf grünen Antrag hin beschlossen hat.

Um Segregation und Verdrängung zu vermeiden, wurden im Juni 2020 soziale Erhaltungssatzungen für die Gebiete Eisenbahnstraße, Connewitz, Lene-Voigt-

Park, Eutritzsch, Lindenau und Alt-Lindenau erlassen. Weitere Potentiale bieten auch die verbliebenen Leerstände, auf die neulich eine Hausbesetzung in der Ludwigstr. 71 aufmerksam gemacht hat. Leerstandskataster, Beratung und Begleitung, Instandsetzung und Modernisierung durchsetzen, Zweckentfremdungssatzung einführen – wir setzen auch hier auf einen Maßnahmenmix.

Einen weiteren wichtigen Beitrag für die resiliente Stadtgesellschaft liefert die Konzeptvergabe von Gebäuden und Liegenschaften der Stadt und ihrer Unternehmen. Damit können u.a. gezielt Projekte unterstützt werden, die preiswertes Wohnen mit kulturellen und sozialen Projekten für solidarische Nachbarschaften verbinden. Zu einem guten Wohnumfeld tragen auch Fassaden- und Dachgrün, begrünte Innenhöfe und verkehrsberuhigte Plätze bei. Kurzum: coole Nachbarschaften sind bezahlbar, vielfältig



Fraktionsvorsitzender Wohnungs- und bildungspolitischer Sprecher

- Jahrgang 1978
- Politikwissenschaftler
- verheiratet
- 1 Kind

✉ tobias.peter@stadtrat.leipzig.de

📘 www.facebook.com/tobiaspeter2019

Wie, wo und zu welchen Kosten wohnen? Das ist für viele längst zu einer existenziellen Frage geworden.

Steigende Mieten führen in einzelnen Quartieren Leipzigs dazu, dass Menschen verdrängt werden, soziale Mischung verloren geht und Wohnungslosigkeit zunimmt. In anderen Teilen der Stadt droht die Entstehung oder Verfestigung von sozialen Brennpunkten. Übergangsquoten zum Gymnasium, Schwerpunkte für Hilfen zur Erziehung und Kriminalitätsstatistiken in den Leipziger Stadtteilen zeigen diesen sogenannten Segregationseffekt. Zugleich schwinden Grünflächen und beeinträchtigen Hitzesommer die Lebensqualität.

Zukunft wird aus Mut gemacht von Martin Biederstedt

Corona verursacht kommunale Steuerausfälle im Millionenbereich. Die Krise wird der Verwaltung und der Stadtpolitik spürbar das Handeln und Gestalten erschweren. Mit einem Konjunkturprogramm möchte die Bundesregierung den Kommunen in der Krise helfen. Dieser Ansatz vermag aber nur die Lasten abzumildern. Mit einer vollständigen Kompensation ist nicht zu rechnen. Finanzstrategien müssen her.

1. Keine Vollbremsung: Wir setzen begonnene Investitionen fort und reichen zugesagte Zuschüsse aus. Eine finanzwirtschaftliche Vollbremsung der Kommune, z. B. durch eine Haushaltssperre, würde die Wirtschaft vor Ort weiter nach unten ziehen. Wir können auch keinen Kahlschlag bei den sozialen oder kulturellen Zuschüssen an Trägern vornehmen.

2. Mehrschichtiges Vorgehen gegen die Krise: Stattdessen setzen wir auf ein »mehrschichtiges Vorgehen«. Bei der Aufstellung der Haushalte gilt es, eher auf jährliche Einzelhaushalte zu setzen, damit Stadtpolitik und Verwaltung im Sinne der Stadtgesellschaft auf Sicht fahren. Grundsätzlich wollen wir so eine abwartende, aber dennoch flexible Position einnehmen. Größtmögliche finanzielle Handlungsspielräume bleiben dann erhalten. Darüber hinaus müssen wir Kredite im beherrschbaren Volumen aufnehmen, um den Auswirkungen der Krise zu begegnen. Auf Finanzreserven sollte die Stadt zugreifen – allerdings nur behutsam.

Auch für die Zukunft brauchen wir Ressourcen – etwa, um die nötigen Eigenanteile bei der Teilnahme an Förderprogrammen aufbringen zu können.

3. Dem Fachkräftemangel die Stirn bieten: Ein wie auch immer geartetes Stellenmoratorium darf es nicht geben. Die Neueinstellung, Nachbesetzung von Stellen, die personelle Stärkung von Verwaltungsprozessen und die Verjüngung der Verwaltung muss konsequent fortgesetzt werden. Wer jetzt auf die bundesweit gefragten Fachkräfte von heute verzichtet, wird morgen einem massiven Problem ausgesetzt sein. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir brauchen stärker denn je die Kraft, den zukünftigen Entwicklungen ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit. Als finanzpolitischer Sprecher meiner Fraktion möchte ich dafür positive Begleiterscheinungen von COVID-19 aufzählen, die ein echtes Potenzial haben, die Finanzlage unserer Stadt nachhaltig zu stabilisieren.

1. Ich plädiere für eine höhere oder gar vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft durch Bund und Land. Zuletzt hatte der Bund mit einem Corona-Hilfspaket seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft erhöht. Das wäre ein Schritt, der die Stadt Leipzig jährlich im zweistelligen Millionenbereich entlastet.

2. Die Bundesregierung verändert derzeit wesentliche Fördergrundsätze und ermöglicht sogar die Voll-

finanzierung z.B. für bestimmte Klimaschutzmaßnahmen. Man befreit die Kommunen bis Ende 2021 von der Pflicht, einen Eigenanteil zu leisten. Zudem werden gemäß der Kommunalrichtlinie die Förderquoten in allen Förderschwerpunkten erhöht. Hier muss die Stadt Leipzig partizipieren.

3. Die Spendenbereitschaft für kommunale Einrichtungen, die coronabedingt schließen mussten, ist auf einem kontinuierlich sehr hohen Niveau. Das ermutigt uns, über die Ausgabe von Stadtanleihen an Bürger*innen nachzudenken. So unterstützt die Stadtgesellschaft vor Ort durch Zurverfügungstellung von Liquidität regionale Wirtschafts- und Kulturkreisläufe und wäre behilflich dabei, die Saure-Gurken-Zeit ein bisschen erträglicher für alle auszugestalten.



Queer-, Gleichstellungs-
politischer, Finanz- und
Sportpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1983
- Steuerfachangestellter
- verheiratet

✉ martin.biederstedt@stadtrat.leipzig.de
 📘 www.facebook.com/martin.biederstedt

Widerstandsfähige Demokratie und von Norman Volger Versammlungswesen

Wer erinnert sich noch an die montäglichen Legida-Demonstrationen in Leipzig, oder die Sommer um die Jahrtausendwende, als ein Hamburger Neonazi uns die Sommerwochenenden vermieste? Nervige Demos, gegen die wir als Grüne selbst auf die Straße gehen, gab es schon immer. Heute sind es Demonstrationen von Corona-Leugnern und -Leugnerinnen, Anhängern und Anhängerinnen von Verschwörungsmäthen, Neonazis, Esoteriker und Esoterikerinnen und Reichsbürgern und Reichsbürgerinnen, welche sich zu einer Querfront zusammengefunden haben und die Frage aufwerfen, wie weit Demonstrationsfreiheit gehen darf. Der Ruf nach Verboten oder Einschränkungen wird wieder lauter.

Aber auch wenn auf diesen Demonstrationen noch so abwegige Geschichten erzählt und verrückte Forderungen gestellt werden, kann eine demokratische Gesellschaft wie die unsere dies ertragen, was nicht heißt, dass sie nicht klar und laut widersprechen sollte. Alles was nicht strafbar ist, darf laut Gesetz kundgetan werden und solange im gesetzlich erlaubten Rahmen demonstriert wird, muss es ermöglicht werden, egal ob uns die Meinung gefällt oder nicht. Umso absurder erscheint es daher, dass genau auf diesen Demonstrationen immer behauptet wird, die freie Meinungsäußerung würde in der Bundesrepublik unterdrückt werden. Dies ist natürlich nicht der Fall und freie Meinungsäußerung ist mit das höchste demokratische Gut. Daher war es uns Grünen auf Landesebene

auch wichtig, das Recht auf Demonstrationen unter Corona-Bedingungen zur ermöglichen.

Bei der Durchführung und Kontrolle der rechtlichen Rahmenbedingungen einer Demonstration kommt jetzt die Stadt Leipzig und die zuständige Versammlungsbehörde ins Spiel. Denn »Alles« ist nicht erlaubt und im Zweifelsfall erlischt das Demonstrationsrecht, wenn der Boden unserer Gesetze verlassen wird. Das ist der Fall bei Verstößen gegen Demonstrationsauflagen, dem Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, bis zu Gewalttätigkeiten aus einer Demo heraus. Hier sehen wir noch erheblichen Nachholbedarf bei der Versammlungsbehörde, die grundsätzlich einen guten Job macht, aber im Einzelfall oft überfordert erscheint und im Zusammenwirken mit der Polizei festgeschriebene Auflagen nicht konsequent umsetzt. Hier führt das »Augenmaß vor Ort« der Behörden (Polizei und Versammlungsbehörde) im Nachgang der Demo häufig zu berechtigter Kritik von allen politischen Akteuren. Entweder wurde zu lasch oder zu hart agiert. Meist kommt die Kritik auch gleichzeitig. Daher kann die Grundlage für die Durchführung oder Auflösung einer Demonstration immer nur das geltende Recht sein. Alles andere leistet den Kritikerinnen und Kritikern der Demokratie nur Vorschub.

Warum schreibe ich das? Wir müssen uns alle immer wieder bewusstmachen, dass der politische Inhalt und Hintergrund einer Demonstration niemals

über dessen Zulässigkeit oder deren Einschränkung entscheiden darf. Die Demonstrationsfreiheit ist eines der höchsten Güter einer Demokratie.

Lasst uns in Leipzig auch weiterhin friedlich beweisen: »Wir sind Mehr«. Denn dass wir Leipziger und Leipzigerinnen die Mitte der Gesellschaft darstellen und mit Herz und Verstand unsere demokratische Gesellschaft verteidigen, haben wir schon oft bewiesen und werden es auch weiterhin tun.



Ordnungs- und tierschutz-
politischer Sprecher

- Jahrgang 1978
- Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ norman.volger@stadtrat.leipzig.de
 📘 www.facebook.com/norman.volger
 🐦 twitter.com/Norman_Volger

Die Krise zeigt Versäumnisse im digitalen Bereich auf und hilft, diese zu erkennen und zu überwinden

von Stefanie Gruner

Der plötzliche Lockdown auf Grund der Coronapandemie stellte auch die Verwaltung der Stadt vor große Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit musste vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Arbeit aus dem Homeoffice ermöglicht werden. Einige Verwaltungsbereiche, insbesondere das Gesundheitsamt, mussten kurzfristig massiv verstärkt werden. Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch besonderen Einsatz, teilweise auch in anderen als den gewohnten Arbeitsbereichen, dazu beigetragen haben, die Situation gut zu meistern. Die Wichtigkeit der Verwaltung und der dort arbeitenden Menschen wurde mehr als deutlich.

Aber die Krise hat auch wie ein Brennglas Probleme und Versäumnisse, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, aufgezeigt. Besonders augenfällig wurde das in den Schulen und bei bürgernahen Verwaltungstätigkeiten, etwa den Bürgerämtern.

Wir Bündnisgrüne drängen schon seit langem auf eine bessere Nutzung digitaler Angebote in den Schulen. So haben wir bewirkt, dass inzwischen zumindest in einem Modellprojekt die Nutzung digitaler Schulbücher getestet wird. Wir setzen uns mit einem aktuellen Antrag dafür ein, dass gebrauchte Computer aus Firmen und Privathaushalten sicher aufbereitet und an Familien mit Leipzig-Pass abgegeben werden, um eine digitale Teilhabe aller Kinder zu ermöglichen. Auch die Umsetzung des Digitalpakts begleiten wir sehr aufmerksam.

Auch die Verwaltung hat sich natürlich schon länger auf den Weg gemacht, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen. Der Lockdown hat aber leider auch die aktu-



ellen Grenzen aufgezeigt. Wir sind noch nicht da, wo wir mit der bürgernahen, digitalen Verwaltung hinhinwollen. So war es für längere Zeit kaum möglich, online Termine für wichtige Angelegenheiten beim Bürgeramt zu bekommen. Auch die Umstellung auf temporäre Homeoffice-Arbeitsplätze für Verwaltungsbeschäftigte funktionierte nicht reibungslos. Die Krise bietet jetzt die Chance, diese Probleme zu erkennen und zu beheben.

Die digitale Stadt kann und soll eine umfassende Transparenz seitens der Verwaltung und gleichzeitig besten Datenschutz und Datensicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Deshalb haben wir den Beitritt Leipzigs zum Netzwerk »Cities for Digital Rights« beantragt. Das Bündnis wird Leipzig dabei unterstützen, eine gute Digitalstrategie zu entwickeln. Leip-

zig muss die digitalen Möglichkeiten nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger über Debatten und Entscheidungen der Verwaltung und des Stadtrates bestmöglich zu informieren und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.

Aber trotz oder auch gerade wegen der digitalen Chancen und Möglichkeiten, wird die Verwaltung von Menschen getragen. Man darf nicht der Illusion erliegen, man könne durch die Digitalisierung in großem Umfang Personal in der Verwaltung einsparen. Die digitalen Angebote müssen gut betreut und nutzerfreundlich ausgestaltet werden. Daneben bleiben auch in Zukunft menschliche Ansprechpartner wichtig, um auf Probleme und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gut eingehen zu können. Wir setzen uns für eine bürgernahe Verwaltung ein, die die digitalen Chancen bestmöglich nutzt.



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Verwaltungspolitische Sprecherin

- Jahrgang 1980
- Juristin
- Partnerschaft
- 3 Kinder

✉ stefanie.gruner@stadtrat.leipzig.de

📘 www.facebook.com/stadtraetin.stefanie.gruner/

Leipziger und Leipzigerinnen als Krisenmanager

von Nuria Silvestre Fernandez

Unsere Welt hat sich in den letzten Monaten wahrscheinlich für immer verändert. Laut UN liegt heute die Zahl der weltweit an Covid-19 Infizierten bei mehr als 30 Millionen – bei fast einer Million Verstorbenen. Alleine in Deutschland gibt es mehr als 270.000 Infizierte und fast 10.000 Verstorbene. In Sachsen liegen die Infektionsfälle bei mehr als 6.600 (225 Todesfälle) und in Leipzig bei mehr als 800 Erkrankten (12 Todesfälle). Diese Zahlen wären sicher viel höher, wenn die Welt und die Menschen in unserem Land nicht reagiert hätten: Grenzschießung, Kontakt- und Ausgangssperren, Maskenpflicht, Verordnungen, usw. Ökonomen der Universität in Exeter (Großbritannien) haben durch epidemiologische Modelle gezeigt, dass in Deutschland und acht weiteren Ländern eine Verzögerung der Verhängung der Maßnahmen wahrscheinlich mehr als eine halbe Million Menschenleben gekostet hätte.

Die Bundes- und Landesregierungen haben diese Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes getroffen. Am eigenen Leibe erkennen wir also, wie wichtig es ist, unsere politischen Vertreterinnen und Vertreter zu wählen. Unsere Gesundheit hängt auch von ihnen ab.

Aber man soll sich dann fragen, was und wie kann unsere Stadt direkt und von Anfang Gefährdungen vermeiden und helfen zu überwinden, denn die Zustän-

digkeit ist jeweilige Ländersache. Es sind die Bundesländer, welche die Gesetze und Verordnungen erlassen, wenn es um die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten geht. In der Praxis hat unser Gesundheitsamt Leipzig vorbildlich reagiert. Neben allen Aufgaben des Gesundheitsamts, also der Gesundheitsförderung, Sucht, Psychiatrie, etc. musste es ab März zusätzlich vom Coronavirus Infizierte und deren Kontaktpersonen ermitteln, Verdachtsfälle abklären sowie Infektionsschutz- und Quarantänemaßnahmen, Materialien ... für die Verwaltung entwickeln. Außerdem musste das Gesundheitsamt Leipzig Hygienemaßnahmen und -konzepte unserer ganzen Stadt prüfen und genehmigen sowie die Gefahr aller Veranstaltungen, sei es im öffentlichen oder privaten Bereich, beurteilen.

Das war und ist eine immense Arbeit. Wir hatten in Leipzig den Vorteil, dass im Gegensatz zu anderen Städten ausreichend Personal zur Verfügung stand, weil auch andere Ämter Personal zur Verfügung gestellt hatten. So konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamts mögliche Ansteckungen und eine weitere Ausbreitung bekämpfen. Auch die Stadt und wir als Grüne Fraktion haben hier unseren Beitrag geleistet. Mit Ideen und Konzepten, durch die Bewilligung von Geldern, im Gesundheitsausschuss und nicht zuletzt im Stadtrat, um schnelle Hilfe für die direkt und indirekt Betroffenen sehr kurzfristig auf den Weg zu bringen. Es ging hierbei nicht nur um medi-

zinische Unterstützung, z.B. in Form von Schutzmasken, sondern auch um finanzielle Hilfen für Betroffene, z.B. bei Selbständigen oder Kulturbetrieben.

Nach heutigem Stand waren die meisten Maßnahmen und Entscheidungen richtig. Und es ist gut zu wissen, dass wir in Leipzig für weitere Wellen gut gewappnet und versorgt sind. Wir hoffen natürlich alle, dass bald ein Impfstoff gefunden wird. Bis dahin liegt es an uns allen, die Ausbreitung des Coronavirus so weit wie möglich einzudämmen. In der heißen Phase haben die meisten Leipziger und Leipzigerinnen durch die Einhaltung der strikten Regelungen, aber auch durch persönliches Engagement wie Nachbarschaftshilfen gezeigt, dass wir durch Zusammenhalt und Solidarität auch künftige Herausforderungen meistern können.



Inklusions-, Migrationspolitische und gesundheitspolitische Sprecherin

- Jahrgang 1979
- Sozialpädagogin
- Verheiratet
- 2 Kinder

✉ nuria.silvestre@stadtrat.leipzig.de

📘 www.facebook.com/NuriaSilvestreLeipzig/

Der Klimawandel macht keine Pause – und wir auch nicht!

von Sophia Kraft



Welch ein Paukenschlag das im vergangenen Herbst zu Beginn unserer Wahlperiode im Leipziger Stadtrat war, als wir mit einer knappen Stadtratsmehrheit tatsächlich den Klimanotstand mit zahlreichen Maßnahmen und Meilensteinen für Leipzig beschlossen haben. Glücklicherweise sind wir mit diesem Beschluss der Corona-Krise noch zuvorgekommen, da ein paar Monate später die öffentliche Aufmerksamkeit von der Klimakrise auf die Corona-Krise umgeschwenkt ist.

Von der Corona-Pandemie ist jede und jeder sehr direkt und unmittelbar betroffen, während es bei der Klimakrise um die Generation unserer Kinder und Enkelkinder geht. Die Klimakrise wird eine noch größere Krise sein, weil sie langanhaltend sein wird, weil sie die gesamte Zukunft bestimmt. Deswegen ist es wichtig, dass man jetzt nicht über der aktuellen Pandemie die langfristigen Fragen unserer Zeit plötzlich hintenan schiebt. Denn der Klimawandel macht ja keine Pause! Eine krisenfeste Gesellschaft

in Zeiten des Klimawandels aufzubauen, ist eine globale Aufgabe, wo es um eine gerechte Ressourcenverteilung geht. In Leipzig müssen wir hierzu unseren kommunalen Beitrag leisten. Für das Abflachen der Klimakurve brauchen wir eine kluge Kombination aus Bremsen, Lenken und Beschleunigen.

Ausbremsen werden wir die Kohle in Leipzig: Schon in drei Jahren (spätestens bei unvorhergesehenen Verzögerungen ab 2025) wird Schluss sein mit unserem Wärmebezug aus dem Lippendorfer Kohlekraftwerk, das zu den zehn größten CO₂-Verursachern Europas zählt. Stattdessen werden mit dem Klimasofortmaßnahmenprogramm vom Juli dieses Jahres mehrere Millionen in den Bau von erneuerbaren Energien investiert und die urbane Energiewende beschleunigt. Langfristig werden wir Leipziger und Leipzigerinnen auch wirtschaftlich von der erneuerbaren Strom- und Wärmegewinnung profitieren. Denn die Sonne auf unseren Dächern wird im Gegensatz zu fossilen Energieträgern mit zukünftig höheren CO₂-Preisen die Mieten nicht in die Höhe treiben.

Lenken werden wir bei allen städtischen Entscheidungen. Hier wird der Klimaschutz sowie der Schutz der Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zukünftig prioritär zu beachten sein. Damit keine Beschlüsse im Stadtrat mehr gegen dieses Ziel getroffen werden, wird jeder Antrag in Zukunft transparent auf seine abschätzbaren Klimawirkungen geprüft.

Und wer wird diese ganze Arbeit in der Verwaltung übernehmen? Ein neu gegründetes Klimareferat mit aufgestocktem Personal wird unseren – bisher

nur – zwei Klimaschutzmanagern der Stadt Leipzig unter die Arme greifen und sich auch vermehrt um die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei Klimafragen kümmern.

Denn ohne die Leipziger Bevölkerung werden wir diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe eines effektiven Klimaschutzes nicht schaffen. Der immerwährende Druck von der Straße, das konstruktive Einbringen von facettenreichen Ideen und die gemeinsame Umsetzung der KlimaSCHUTZ- und ANPASSUNGSMaßnahmen sind unabdingbar. Dafür herzlichen Dank an unsere Leipziger Klimafreundinnen und Klimafreunde!



Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende und
Sprecherin für Energiepolitik
und Digitales

- Jahrgang 1988
- Bachelor of Arts in Politik und Verwaltung, Volkswirtschaftslehre
- Master of Science in Betriebswirtschaftslehre Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement / Energiewirtschaft
- verheiratet,
- 1 Sohn

✉ sophia.kraft@stadtrat.leipzig.de

Nachhaltiges Wirtschaften, Kreativität und Resilienz fördern!

von Annette Körner

Unsere Stadtratsbeschlüsse zum Klimanotstand und den Klimaschutzmaßnahmen zeigen, wie Klimawandel und fehlende Resilienz (die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen) inzwischen ernst genommen werden. Stürme, Hochwässer, Dürren und gestiegene Versicherungskosten, der Druck durch Fridays For Future sowie Wissenschaftsberichte stärken die Veränderungsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Und Unternehmen, die Fördermittel beantragen, erleben als Bedingung von Bund und EU in vielen Programmen bereits, dass sie auch Treibhausgasminderungen aufzuzeigen haben.

Die Pandemiezeit mit ihren Einschränkungen und Auswirkungen verdeutlicht darüber hinaus brennpunktartig die fehlende Nachhaltigkeit in unserer global vernetzten Wirtschaft. Starre Lieferketten brechen weg, ganze Einkommenszweige liegen brach und das nicht nur im Lockdown. Bereits im März hatten wir an den Oberbürgermeister geschrieben und notwendige Hilfen für Kultur- und Kreativschaffende sowie betroffene Wirtschaftszweige gefordert. Die dann vorgelegten städtischen Maßnahmen wurden durch uns unterstützt. Dies war angesichts mancher Fördergegner im Rat auch notwendig, wie z. B. beim Förderprogramm für Soloselbstständige.

Aktuell halten wir als nächsten Schritt die Aufstockung des Mittelstandsförderprogramms für sinnvoll, allerdings unter Beachtung städtischer Ziele zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz. Es geht um Zukunftsfähigkeit und Resilienz. Gefördert werden sollen verstärkt z.B. Maßnahmen zum Aufbau regionaler Lieferketten, nachhaltige Geschäftsfelder, Digitalisierung und Pandemieschutz-Maßnahmen sowie Antragsthemen, die Landes- und Bundesprogramme aktuell nicht abdecken.

Ein Blick zu verantwortlich wirtschaftenden Unternehmen zeigt, sie prüfen ihre Geschäftstätigkeit auch anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren. Nachhaltigkeitsziele der Staatengemeinschaft wie die Sustainable Development Goals dienen zur Einordnung der eigenen Branche. Überleben durch nachhaltiges Wirtschaften ist angesagt und umfasst mehr als schnelle Gewinne. Verantwortung zu zeigen für Umweltschutz und Menschenrechte, auch in Lieferketten, dies fordern zunehmend die Konsumentinnen und Konsumenten. Die Palette an Problemen in unserer Welt bleibt groß und für viele ist die alte Weisheit heute nachvollziehbar: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Klimakrise und Pandemie schärfen den Blick für das, was notwendig ist. Trotz der erschreckenden Sze-

narien, die wir heute sehen, wie die Auswirkungen der Welterwärmung, das weitere Aussterben der Tier- und Pflanzenarten oder die Ratlosigkeit zu Pandemien, macht es Mut, dass viele der Resignation widerstehen und sich auch in Leipzig engagieren, verantwortlichen wirtschaften und kreativ arbeiten. Wir unterstützen dies in unserer politischen Arbeit.



Wirtschafts- und kulturpolitische Sprecherin

- Jahrgang 1962
- Betriebliche Umweltschutzbeauftragte in der LVB-Unternehmensgruppe sowie nebenberuflich tätig für den Förderverein des Umweltinformationszentrums Leipzig
- 3 Kinder

✉ annette.koerner@stadtrat.leipzig.de

Die Leipziger Verkehrswende geht nur miteinander

von Kristina Weyh

Die wichtigste Regel im Straßenverkehr und prinzipiell im gesamten öffentlichen Raum ist §1 der Straßenverkehrsordnung: »Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme. Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen vermeidbar, behindert oder belästigt wird.«

Würde uns alle diese Regel stärker leiten, gäbe es weniger Konflikte im Straßenverkehr und die Debatten könnten konstruktiver werden. Wir würden uns den Straßenraum mit gegenseitiger Achtung teilen. Selbstverständlich müssen von uns allen Wege zurückgelegt werden und klar ist auch, dass es dafür vielerlei Arten von Verkehrsmitteln bedarf und manchmal die Zeit knapp ist. Doch das Ob, Wann und Wie unserer Wege können wir meist beeinflussen. Weniger Wege bedeuten weniger Verkehr und eine Verlagerung der Wege auf den Umweltverbund ist ökologisch sinnvoll, reduziert Lärm, verbessert die Luft und sorgt für mehr Sicherheit.

Leipzigs nachhaltige Mobilitätsstrategie will genau dies schaffen: Eine Stärkung des Umweltverbundes mit all den benannten positiven Effekten. Ein höherer Anteil an Fuß- und Radverkehr sowie dem Öffentlichen Personennahverkehr ist das Ziel. Wichtig ist dabei,

dass die Mobilitätsstrategie in der Umsetzung vom Miteinander lebt. Denn sie ist – nach einem umfassenden öffentlichen Beteiligungsprozess – aus dem Miteinander der Fraktionen des Stadtrates entstanden und einstimmig beschlossen worden.

Mit dem aktuell vorliegenden Rahmenplan zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie wird nun der konkrete Weg der Verkehrswende gezeichnet. Notwendige Instandsetzungen und Modernisierungen der Verkehrsinfrastruktur sind ebenso verankert wie die Entwicklung hin zu einem weniger autozentrierten Verkehr in Leipzig. Und auch der Rahmenplan lebt vom Miteinander der Maßnahmen und der gemeinsamen Erarbeitung durch die Stadtratsfraktionen mit der Verwaltung. Er ist ein Ringen um einzelne Maßnahmen, aber er behält das Ganze im Blick. Zudem muss er im Miteinander mit den Leipzigerinnen und Leipzigern umgesetzt werden.

Maßstab für alle Maßnahmen muss die positive Wirkung für die Erfüllung der Ziele des Nachhaltigkeitsszenarios sein. Wichtig ist zudem der Abgleich der einzelnen Maßnahmen mit dem beschlossenen Klimanotstand. Weiterhin werden wir die Folgen von Corona beachten und unsere Mobilität möglichst pandemiesicher machen sowie mit der vermutlich knapper werdenden Kassenlage umgehen.

Die wachsende Stadt Leipzig stellt wachsende Ansprüche an die Verkehrsinfrastruktur und damit an alle Verkehrsteilnehmenden. Und da sind wir wieder bei der gegenseitigen Rücksichtnahme, denn ohne die geht es nicht.

Und nun bin ich gespannt, was die angekündigte Verkehrskampagne bewirken wird und hoffe, dass wir Leipzigerinnen und Leipziger in einen sachlichen Austausch zum Thema Verkehr gelangen und uns miteinander statt gegeneinander im Straßenverkehr und in den Debatten um die Maßnahmen bewegen.

Beteiligen wir uns aktiv an der Leipziger Verkehrswende, denn Mobilität macht Spaß!



Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
und verkehrspolitische
Sprecherin

- Jahrgang 1975
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ kristina.weyh@stadtrat.leipzig.de

Kindeswohl sicherstellen – Ambulante Familienhilfen müssen verstärkt und Finanzierung endlich gesichert werden!

von Michael Schmidt

Mit dem Lockdown im März 2020 wurden quasi über Nacht nicht nur Schulen und Kitas geschlossen, sondern auch diverse ambulante Angebote der Kinder- und Jugendhilfe derart eingeschränkt, dass diese nur in Fällen drohender Kindeswohlgefährdung aktiv werden konnten. Viele dieser Ad-hoc-Entscheidungen wurden später korrigiert und relativiert. Nicht nur, weil sie vollkommenes Chaos in die Arbeitsfähigkeit berufstätiger Familien brachten, sondern weil sie in der Konsequenz vereinzelt auch dem Kindeswohl entgegenstanden.

Denn gerade die Bildungs- und Sozialräume, aber auch offene Freizeittreffs sind unverzichtbare Institutionen, um in Fällen von Vernachlässigung, häuslicher Gewalt oder ähnlichen Problemlagen Alarmsignale aufzunehmen und direkt die verfügbaren Hilfesysteme einschalten zu können. Haben jedoch Kitas, Schulen und OFTs geschlossen, passiert vieles hinter verschlossenen Türen und bleibt dem Sozial- und Hilfesystem verborgen.

Hier sind dann zumindest für die bereits betreuten Familien die ambulanten Hilfen unverzichtbar, um bei den Erziehungsunterstützungen eine Kontinuität der Betreuung bzw. Familienbildung und -stärkung leisten zu können. Auch für diese Angebote wurde jedoch vorschnell am 20. März mit der Allgemeinverfügung ein Betretungsverbot in den Familien ausgesprochen. Eine Katastrophe für hilfebedürftige Familien und alle im Hilfesystem engagierten Fachkräfte, die sich tagtäglich für das Kindeswohl engagieren.

Mit einem Brief von Anfang April an Staatsministerin Köpping haben meine Ausschusskollegin und mittlerweile neue Bürgermeisterin für Jugend, Schule und Demokratie, Vicki Felthaus, und ich in meiner Rolle als stv. Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, diese Problemlage sehr deutlich benannt und zu einer anschließenden Kursänderung beitragen können.

Die Folgen des mehrwöchigen Lockdowns lassen sich gegenwärtig noch nicht abschließend abschätzen. Fakt ist aber bereits jetzt, dass künftig bei möglicherweise wieder steigenden Infektionszahlen besonnene Entscheidungen unter klarer Abwägung nicht nur des Infektionsschutzes, sondern vor allem auch des Kindeswohls getroffen werden müssen. Das Kindeswohl in allen Familien sicherzustellen, kann in Zeiten geschlossener Schulen und Kitas nur gelingen, wenn die ambulanten Familienhilfen konsequent weitergeführt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Außerdem sollten gerade in Kindertagesstätten und Tagespflegestellen Notbetreuungen stets nicht nur für Familien in systemrelevanten Berufen, sondern auch für Familien zur Verfügung stehen, die in Betreuung des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) sind. Und für die stationären Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet dies, dass sie in den Bereichen des vorbeugenden Infektionsschutzes wie auch im Quarantänefall umgehend und wirksam vom öffentlichen Träger der Jugendhilfe, also der Stadt Leipzig unterstützt werden.

Wir sind den in diesen Bereichen tätigen Fachkräften überaus dankbar, dass sie auch in Zeiten des

Lockdowns und daraus folgenden Abstandsregeln und Kontaktbeschränkungen ihre unverzichtbare Arbeit in den Familien geleistet haben. Dies ist ein Garant für die Sicherung des Kindeswohls, für das gesunde und bessere Aufwachsen vieler Kinder und Jugendlichen. Dass der kommunale Eigenbetrieb Verbund Kommunaler Kinder- und Jugendhilfe (VKKJ) – so, wie etliche andere Verwaltungsbereiche und Eigenbetriebe auch – mit Hilfe der Stadt von der Möglichkeit der Ausreichung von Sonderprämien an seine Mitarbeitenden Gebrauch macht, ist ein Zeichen dieser Anerkennung. Die Stadt Leipzig sollte als öffentlicher Träger der Jugendhilfe bemüht sein, Möglichkeiten der Gegenfinanzierung auch bei den Freien Trägern zu finden, die das aus eigenen Kräften nicht leisten können.



Jugendpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1977
- Kommunikationswissenschaftler, Politologe und Sozialmanager
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ michael.schmidt@stadtrat.leipzig.de
 🌐 www.facebook.com/MichaelSchmidtLeipzig
 @ stadtratschmidt_le

Lockdown war kein Knockdown

von Ingo Sasama

Auch uns als Geschäftsstelle traf der Lockdown unvermittelt mit ganzer Härte. Von einem Tag auf den anderen wurden wir alle ins Homeoffice versetzt. Da die Stadträte und Stadträtinnen natürlich in gleicher Weise hart betroffen waren, wurden unsere, nach der Kommunalwahl gerade sehr gut funktionierenden Prozesse, wieder jäh massiv gestört.

Denn jede und jeder von uns musste neben seiner oft dramatischen häuslichen Situation – ich habe Isolation und Homeschooling bei meinen Enkeln und Enkelinnen unangenehm erfahren gelernt – auch wieder den von den Bürgern und Bürgerinnen zugewiesenen Platz der politischen Führung unserer Stadt neu erobern.

Wir stehen ihnen als Team stets oft weit über unsere Aufgaben und Arbeitszeit hinaus zur Seite. Informationen besorgen, Brücke zwischen Bürgern und Bürgerinnen, Vertretern der Zivilgesellschaft und den Stadträten und Stadträtinnen sein, Vor- und Nacharbeiten abnehmen, inhaltliche Zuarbeit leisten und nicht zuletzt mit einer sehr guten Öffentlichkeitsarbeit transparent machen, was wir für unsere Stadt täglich leisten. Eine immer neue Palette unterschiedlichster Aufgaben.

Alles das funktionierte nicht mehr. Informationen bekam man von der Verwaltung oder anderen Partnern nicht mehr – die waren ja auch im Homeoffice oder mit Pandemieaufgaben betraut.

Und das in einer Zeit, in der gerade eine perfekt funktionierende parlamentarische Demokratie ge-

braucht wurde. Denn: Die Freiheitsrechte der Bürger und Bürgerinnen waren massiv eingeschränkt, es gab allerorten Probleme, von Versorgungsengpässen, finanzieller Not bis zum Zusammenbruch der Hilfenetze. Grundlegende ungewohnte Entscheidungen mit großer Reichweite mussten getroffen werden, um das öffentliche Leben einigermmaßen aufrechtzuerhalten.

Von Resignation und Verzagtheit war in unserer Fraktion nie etwas zu spüren. Ganz im Gegenteil haben wir eine Vielzahl von Initiativen auf verschiedensten Wegen an die Verwaltungsspitze herangetragen. OBM Jung war dabei ein überraschend transparenter und aufgeschlossener Partner. Er hat stets die Fraktionsvorsitzenden in unzähligen Videokonferenzen einbezogen, informiert und sich Rückmeldungen zu Entscheidungen geholt. Diese wurden dann in die Fraktion gespiegelt. Unsere Anliegen und Forderungen hat er engagiert bearbeitet und meist umgesetzt. Auch die völlig zum Erliegen gekommene Stadtratsarbeit hat er unter Ausnutzung des rechtlich Machbaren so schnell es ging wieder hochgefahren. Dafür gebührt ihm Anerkennung. Viele Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen anderer Orte haben alles sehr lange allein entschieden.

Unsere Sorge galt und gilt dem bunten und vielfältigen Leben in unserer Stadt. Die Gastronomie und den Einzelhandel galt es vor dem Untergang zu bewahren, die vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft drohte zu veröden, unsere Gäste blieben aus. Beispielhaft möch-

te ich nur zwei ganz wesentliche Vorschlagspapiere benennen, die sehr weitgehend durch den OBM umgesetzt wurden, den Maßnahmenplan »Hilfen für durch die Pandemie und den Gesundheitsschutz existenzbedrohte Selbständige, Kleinstunternehmen und KMU in verschiedenen Wirtschafts- und Kulturbereichen sowie Branchen« und den »5-Punkte-Plan gegen Haushaltskürzungen und für nachhaltige Investitionen«.

Wie dramatisch die Situation war, wurde mir deutlich, als ich nach drei Wochen wieder (einzeln pro Raum mit Sondergenehmigung) im Rathaus arbeiten durfte. Die Stadt war wie ausgestorben. So wie im Winter sonntagabends, nur ohne Kneipen und Menschen. Kein Geschäft, kein Leben, keine Straßenmusik, keine Versorgung ... nichts. Ein Schock.

Ob der Prozess gut gemeistert ist, wird sich noch zum Spätherbst zeigen. Dass er aber seine vollständige zerstörerische Wirkung nicht entfalten konnte, ist heute wohl schon sicher. Und dazu konnten wir unseren Beitrag leisten. Und darauf können wir stolz sein!



Aufsichtsrat Leipziger Stadtwerke und Aufsichtsrat LeCos

- Fraktionsgeschäftsführer
- Jahrgang 1960
- Verheiratet
- 3 Kinder, 7 Enkel

Parks & Recreation

von Martin Meißner



und Sport gebrochen werden durfte. Und so wurde der Spaziergang zum Volkssport.

Auf einmal waren alle Parks gut gefüllt. Wirklich alle. Auch die, in denen sonst kaum jemand war. Leipzig entdeckte, welcher Schatz vor der eigenen Haustür liegt. Wir sollten diese Erkenntnis nutzen und für den Erhalt und Ausbau dieses Schatzes werben. Denn auch nach Corona bleiben unsere Parks ein Ort der Begegnung von Jung und Alt, Arm und Reich, Mensch und Natur.

Unsere Parks und Spielplätze sind fast die einzigen öffentlichen Orte für Erholung, Sport und Spiel, für die man keinen Eintritt zahlen muss. Genau das ermöglicht allen die Teilhabe. In der nassen und kalten Jahreszeit fehlen diese Orte der Begegnung und Teilhabe. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir solche Orte (neben Bibliotheken) schaffen können.

Aber bleiben wir erst einmal bei den Orten, die wir bereits vor Jahrzehnten geschaffen haben: Unseren Parks und Naherholungsgebieten. Wir dürfen die Instandhaltung nicht vernachlässigen. Was nützt der schönste Park, wenn er im Müll ertrinkt? Wofür haben wir große Liegewiesen, wenn sie sich im Sommer zu Steppen verwandeln? Wofür haben wir weitläufige Naherholungsgebiete mit breiten Wegen, wenn sie vor lauter Schlaglöchern nicht für Sport nutzbar sind und sich deshalb alle Skater, Radfahrer und Läufer draußen am Cospudener See gegenseitig im Weg sind?

Ich war in den letzten Monaten mal wieder an einem Ort meiner Kindheit: Der Silbersee im »Erholungspark Löbnig-Dölitz«. Das ist eines der größten

Naherholungsgebiete der Stadt und ist mit der Straßenbahn super angebunden. Trotzdem sind hier deutlich weniger Menschen unterwegs, als in Parks vergleichbarer Größe. Das ist schade. Denn es gibt Gastronomie, Spielplätze, mehrere Gewässer und viel Platz. Es wird Zeit, ihn aus dem Dornröschenschlaf zu holen und die darum liegenden Stadtteile gleich mit.

Der Park rund um den Silbersee ist natürlich nur einer von vielen Grünflächen, in denen noch viel Potential liegt. Er ist einfach der Park, den ich durch Corona für mich wiederentdeckt habe. Ich denke, meinen Mitbürgern und Mitbürgerinnen geht es mit anderen Parks ähnlich. Das Wichtigste ist, dass wir uns diese Schätze erhalten. Nicht nur für die nächste Pandemie.



Familienpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1987
- Bürokaufmann

Gibt es etwas spießigeres als den Sonntagsspaziergang? Wohl kaum. Und trotzdem wurde er im Frühjahr zum Massenphänomen. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Nicht nur am Sonntag, sondern auch von Montag bis Samstag. Es galt nur eine Devise: Hauptsache raus!

Was wir in ein paar Jahren sicherlich romantisch verklären werden, hatte einen ernsten Hintergrund: Es gab ja nichts! Wir durften ja nichts! In Sachsen galt eine allgemeine Ausgangssperre, die nur für Arbeit, Einkauf

✉ martin.meissner@stadtrat.leipzig.de
 📷 www.instagram.com/DDReudnitz
 🐦 twitter.com/DDReudnitz

Kultur in Zeiten der Krise. von Jürgen Kasek

Kultur ist die Grundlage einer aufgeklärten Gesellschaft. Sie schafft den Verständigungs- und Reflektionsraum für die Gesellschaft. Kultur ist der Bereich eines permanenten Möglichkeitsraumes, in der ein Austausch stattfindet. Kultur ist essentiell unabhängig, ob von institutionell gefördert bis hin zu den off-Spielstätten und subkulturellen Nischen, die abseits von Behörden und Ämtern Räume für Menschen schaffen.

Aber in Zeiten der Pandemie wurde Kultur schnell nachrangig, schien vernachlässigbar. Die Aufrechterhaltung der Wirtschaft, das Funktionieren der Gesellschaft schien vorrangig. Aber eine Gesellschaft ohne Kultur?

Die Hilfen für Soloselbstständige und Förderprogramme für Kreative können die existenzbedrohende Situation nur abfedern. Was es braucht sind Perspektiven, ist die Lösung der Frage, wie es weitergehen kann. Wir als Stadt sind gefordert, dafür Lösungen zu finden, sicherzustellen, dass die Krise nicht zum Massensexodus im Kulturbereich führt. Dazu gehört auch, dass die Clubs und Livemusikspielstätten vollwertig als Teil der Kultur anerkannt werden und die häufig gezogene Trennung zwischen einer sog. »Hochkultur« und Subkultur überwunden wird. Gerade die Clubs mit ihrem kuratierten Programm, die vielen Nachwuchskünstlern und -künstlerinnen erste Auftrittsmöglichkeiten geben und auch für die Soundkollektive, für die Leipzig auch berühmt ist, prägen das Bild von Leipzig als



»cool kid town« entscheidend mit und sorgen dafür, dass Menschen nach Leipzig kommen und bleiben.

Die Durchführung des OutSide Festivals, das innerhalb von einem Monat auf der Festwiese 32 Veranstaltungen durchführte, von Lesungen über Konzerte und Clubveranstaltungen unter Zusammenschluss mehrerer Vereine, Spielstätten und Initiativen, war ein erster wichtiger Schritt.

Möglich wurde dies durch einen Beschluss des Stadtrates auf unsere Initiative hin. Jetzt muss es darum gehen, auch Möglichkeiten und Perspektiven für

die kältere Jahreszeit zu finden. Neu zu denken, was möglich sein kann, abseits von Streaming-Angeboten, um gerade in schwierigen Zeiten den Reflektions- und Kommunikationsraum Kultur zu erhalten.

In der Krise wird auch deutlich, dass Kultur bei weitem noch nicht den Stellenwert besitzt, den Kultur eigentlich in dieser Gesellschaft, als Grundlage dieser Gesellschaft, hat.



**Umweltpolitischer Sprecher
sowie Sprecher für Livemusik
und Clubkultur**

- Jahrgang 1980
- Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig,
- seit 2009 selbstständiger Rechtsanwalt bei Rechtsanwaltskanzlei Kasek
- unverheiratet
- 2 Kinder

✉ juergen.kasek@stadtrat.leipzig.de
 🖱 juergenkasek.de / www.rechtsanwalt-kasek.de
 📘 www.facebook.com/JurgenKasekPolitiker
 📷 www.instagram.com/jkasek67
 🐦 www.twitter.com/JKasek

Wie viel Frachtflugverkehr wollen wir uns leisten? von Anna Kaleri

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels machen vor unserer Tür nicht halt. Er brachte uns in Mitteldeutschland drei trockene Sommer in Folge, massenhaftes Baumsterben und Ernteeinbrüche. Direkt vor unserer Tür haben wir mit dem Flughafen Leipzig-Halle einen Verantwortlichen für das Entstehen von Treibhausgasen. Dass der Frachtflugverkehr aktuell weiter ausgebaut werden soll, wirft Fragen auf nach politischer Konsequenz, aber auch unserem persönlichen Komfort.

Das neue Schuljahr hat begonnen, dem Kind passen die Hausschuhe für die Schule nicht mehr. Kein Kinderschuhladen in der Nähe, in der Stadt alle Hausschuhe ausverkauft. Da ist es ein Leichtes, über Amazon aus der riesigen Auswahl ein Paar auszuwählen. Womöglich klingelt der Paketbote schon am nächsten Morgen.

Ermöglicht wird solche schnelle Lieferung unter anderem durch das internationale Frachtdrehkreuz DHL Hub, das 2008 in Schkeuditz eröffnet wurde. Dort landen pro Nacht durchschnittlich 160 Flugzeuge, werden entladen und neu beladen und starten dann im Zwei-Minuten-Takt, gegen 3 Uhr, wenn wir schlafen. Jedenfalls wenn wir nicht an der Süd- oder Nordlandebahn, oder unter einer der Flugrouten wohnen. Schätzungsweise 1,5 Mio. Menschen sind im Großraum Leipzig-Halle von nächtlichem Fluglärm betroffen. Dabei gehen Dauerlärm und Lärmspitzen weit über die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Schallpegel hinaus. Seit der Eröffnung im Jahr 2008 Nacht für Nacht. Rund ein Dutzend Bürgerinitiativen kämpft seitdem mit Petitionen, Demonst-

rationen und auf dem Rechtsweg gegen die Gesundheitsbeeinträchtigungen. Zurzeit werden sie wieder hörbarer, denn die Pläne für einen weiteren Ausbau des Flughafens wurden bei der Landesdirektion Sachsen eingereicht. Unter anderem sollen die derzeit 60 Flugzeugstellplätze auf 96 erweitert werden. Die Anzahl der Starts und Landungen würde von 79.000 im Jahr 2019 auf 118.000 im Jahr 2032 ansteigen. Das heißt noch mehr Lärm- und Schadstoffemissionen, noch mehr Treibhausgase.

Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, brauchen wir politisches Umlenken. Das heißt konkret, auf allen Ebenen dem Ausbau des Frachtflugverkehrs entgegenzuwirken und außerdem die langjährigen Forderungen der Bürgerinitiativen zur Verringerung der Lärm- und Schadstoffemission umzusetzen. Im April 2020 habe ich deswegen das überparteiliche Aktionsbündnis für Klima- und Lärmschutz und sofortigen Ausbaustopp am Flughafen Leipzig / Halle ins Leben gerufen. Zusammen mit Stadtrat Bert Sander führe ich die Flughafen-thematik in der grünen Fraktion fort.

Auch auf der persönlichen Ebene kommen wir nicht ohne Umdenken aus. Brauchen wir Waren wirklich über Nacht? Was machen Onlinebestellungen mit unserem Einzelhandel? Und brauchen wir wirklich so viel? Beim nächsten Wachstumsschub meines Sprosses würde ich gern Hausschuhe kaufen, die hier in der Gegend hergestellt wurden. Nach einem Beratungsgespräch mit einem Verkäufer bzw. einer Verkäuferin in einem Laden, den ich zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen kann.

Wissenswertes zum Flughafen Leipzig-Halle

Frachtfluganteil: 82 Prozent

Arbeitsplätze: 6200 (davon DHL: 5700)

Arbeitslosenquote in Sachsen:

2004: 18 Prozent, 2020: 5,5 Prozent

Verluste:

2005 – 2014: 570 Mio. EUR,

2015 – 2019: 671,2 Mio. EUR

CO₂ Ausstoß:

6,2 Mio. Tonnen, nach Ausbau 10 Mio. Tonnen

Klimafolgekosten laut UBA: 180 EUR / Tonne CO₂

Betroffene von Fluglärm: 1,5 Mio. Anwohner*innen

Gesellschafter der Mitteldeutschen Flughafen AG:

Sachsen 72,29 Prozent,

Sachsen-Anhalt 18,54 Prozent, Leipzig 2,1 Prozent,

Dresden 1,87 Prozent, Halle 0,2 Prozent



**Sprecherin für
Soziokultur**

- Jahrgang 1974
- Autorin
- 2 Kinder

✉ anna.kaleri@gruene-sachsen.de
 📘 www.facebook.com/anna.irelak
 📷 www.instagram.com/anna_kaleri

Vicki Felthaus neue grüne Bürgermeisterin für Jugend, Schule und Demokratie

Am 16. September hat der Stadtrat Vicki Felthaus mit großer Mehrheit (50 von 55 Stimmen) zur grünen Bürgermeisterin für Jugend, Schule und Demokratie gewählt. Sie übernimmt damit das aus dem ehemaligen übergroßen Dezernat Jugend, Soziales und Gesundheit ausgeliederte neue Dezernat VII.

Vicki Felthaus verbindet Expertise aus ihrer langjährigen Tätigkeit beim Paritätischen Wohlfahrtsverband mit politischer Erfahrung in der Gremienarbeit. So ist sie seit Jahren auf Seiten der Freien Träger und Interessenvertreterin der Allgemeinen Wohlfahrtsverbände (AGW) Mitglied im Jugendhilfeausschuss sowie im Seniorenbeirat und im Psychiatriebeirat engagiert und wirkt aktiv als Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Bildung, Soziales und Gesundheit im Leipziger Kreisverband von Bündnis 90 / Die Grünen mit. Themen wie Inklusion, Kinderschutz, Bildungsgerechtigkeit von frühkindlicher Bildung bis zum gelingenden Übergang der Jugendlichen in das Berufsleben sind ihr Erfahrungshintergrund und liegen ihr am Herzen. Dabei hat sie die in Leipzig einzigartige Trägervielfalt in ihrer

DNA und sich als Moderatorin derer Interessen viel Anerkennung erarbeitet.

Vor ihr liegen nun zum einen strukturelle Herausforderungen, da der Stadtrat bereits vor der Sommerpause mit dem neuen Zielkonzept die Teilung des Amtes für Jugend, Familie und Bildung in ein klassisches Jugendamt und ein Amt für Schulen und Lernorte sowie die Etablierung eines Demokratiereferates beauftragt hat.

Zum anderen liegen zahlreiche inhaltliche und konzeptionelle Aufgaben auf dem Tisch, derer sie sich mit aller Kraft und neuen Ideen zielgerichtet widmen will. Dies ist u.a. die seit Jahren zu beobachtende Kostenentwicklung im Bereich der erzieherischen Hilfen und die anhaltend hohen Unterstützungsbedarfe, denen mit passgenauen Angeboten und enger Begleitung begegnet werden muss. Weiterhin bedarf es auch in den nächsten Jahren im Kita- und vor allem im Schulbau weiterer großer Anstrengungen, nicht nur beim Neubau, sondern auch in der Modernisierung der Bestandsgebäude. Hier kommt es vor allem auf zeitge-

mäße frühkindliche und schulische Bildungsorte und einer Verknüpfung mit den Bedarfen der Stadtgesellschaft wie auch der Kinder- und Jugendarbeit an. Wir erwarten von ihrem Wirken eine Qualitätsoffensive in der Kita- und Schullandschaft in Leipzig. Im Bereich der Demokratie will sie die politische Beteiligung aller Akteure, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, beruflich Eingebundenen wie Erwerbslosen, voranbringen.

Vicki Felthaus wurde 1977 in Zschopau geboren, hat sowohl ein Studium in Heilpädagogik und Rehabilitation wie auch ein Studium in Sozialmanagement absolviert. Von 2004 an wirkte sie für drei Jahre als Bereichsleiterin für niedrighschwellige Angebote für psychisch kranke Menschen und Leiterin der Kontakt- und Beratungsstelle des Sozialpsychiatrischen Zentrums DAS BOOT gGmbH. Seit 2011 leitete sie die Regionalgeschäftsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen und ist seit 2018 als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Leipzig aktiv gewesen.



links: Thomas Dienberg, rechts: Vicki Felthaus

Foto: Henning Croissant

Thomas Dienberg neuer grüner Bürgermeister für Stadtentwicklung und Verkehr

Thomas Dienberg (Grüne) wurde in der Juli-Ratsversammlung mit 45 Stimmen zum Beigeordneten und Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau und Nachfolger der in den Ruhestand verabschiedeten Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau gewählt.

Er kann auf einem guten Fundament aufbauen und übernimmt in vielerlei Hinsicht ein bestelltes Haus. Um erfolgreich zu wirken, wünschen wir ihm die notwendige Unterstützung durch die Verwaltungsspitze und ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen, um die anstehenden Aufgaben zu meistern. Mit Thomas Dienberg wollen wir eine soziale und klimafreundliche Stadtentwicklung, eine qualitätsvolle Baukultur und die Verkehrswende in Leipzig weiter voranbringen. Dafür bringt er alle Voraussetzungen mit.

Thomas Dienberg betonte in seiner Antrittsrede, dass Leipzig eine der spannendsten Städte nicht nur Deutschlands, sondern Europas ist, die in wenigen Jahren Stadtentwicklungsprozesse durchlaufen hat, für die es in der Bundesrepublik kein Pendant gibt: Von der Schrumpfungstadt zur Boomtown. Im Zuge

dieser Entwicklung wurden viele Menschen mobilisiert Lösungsstrategien zu entwickeln, die anderswo eine Blaupause sind für gute Stadtentwicklung. Dieses breite Interesse an Fragen der Stadtentwicklung und Baukultur war ein ganz wesentlicher Grund, sich auf die Stelle des Baubürgermeisters zu bewerben. Er möchte die großen Herausforderungen von der Verkehrswende bis hin zur Gestaltung vielfältiger Quartiere im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und einer engagierten Bürgerschaft angehen.

Die Schwerpunkte der Arbeit seines Dezernats liegen in einer entschlossenen Stärkung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, der Entwicklung vielfältiger Nachbarschaften mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum, der Umsetzung eines anspruchsvollen Investitionsprogramms für Bildungsbauten und eine qualitätsvolle Baukultur.

Thomas Dienberg war von 2004 – 2019 Dezernent für Planen, Bauen und Umwelt in Göttingen. Dienberg genießt als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Instituts für Urbanistik, des größten

Stadtforschungsinstituts im deutschsprachigen Raum, einen herausragenden Ruf als Experte der Städtebaupraxis.

Er hat in Göttingen zahlreiche Projekte, u.a. das Kunstquartier und die Entwicklung und Umsetzung des Gestaltungskonzepts Innenstadt umgesetzt und berät als Mitglied der Expertenkommission Städtebaulicher Denkmalschutz bundesweit Kommunen im Bereich Stadtentwicklung und Bau. Während unter Dienberg der Anteil des Umweltverbundes am Gesamtverkehr Göttingens auf 66 % stieg, sank der Anteil des Autoverkehrs (MIV) von 42 % auf 34 %. Im Rahmen der von Dienberg verantworteten Radverkehrsstrategie stieg der Anteil des Radverkehrs auf 28 %, entstanden der erste Radschnellweg Deutschlands – der zentral durch die Innenstadt führt, zahlreiche neue Fahrradstraßen und die Erweiterung der Radstation am Hauptbahnhof. Im Ergebnis gewann die Fahrradstadt mehrmals, zuletzt 2018, den Fahrradklimatest des ADFC.

Als Göttinger Baudezernent hat Dienberg insbesondere Strategien der Bodenbevorratung, der sozialen Baulandnutzung und der Konzeptvergabe vorangetrieben.

Fair statt Mehr von Cordula Rosch

Eine kurze und knackige Aussage. Dieses Motto wirbt 2020 für die Faire Woche. Und in diesem Motto steckt eine Menge Überlegenswertes drin.

Mit dem Lockdown und den kurzen Versorgungsempässen bei bestimmten Produkten haben auch wir (seit Langem wieder einmal) erfahren, wie schnell wir verunsichert sind von empfundenen »Not«-Situationen. Weil die Nudelregale leer waren und über Tage leer blieben, fanden wir das beklemmend. Eigentlich lag der Grund jedoch in der Tatsache, dass jeder sich selbst am nächsten war in der Sorge, dass es vielleicht lange nichts mehr nachzukaufen geben könnte. Inzwischen leben wir wieder selbstverständlich im Überfluss, alles ist verfügbar, wenigstens für diejenigen, die es sich leisten können. Wir haben also erlebt, dass unsere Lebensmittelversorgung sehr schnell trotz Corona-Virus-Nebenwirkungen wieder stabil gewährleistet war.

Mit diesem Überfluss an Gütern jeglicher Art nehmen wir hin, dass ein großer Teil der Lebensmittel weggeworfen wird. Wertvolle Ressourcen werden nutzlos verschwendet und die Entlohnung reicht nicht zum Überleben. Lebensmittel sollten jedoch auch denen, die sie produzieren, den Bauch füllen können, ein gutes Leben ermöglichen. Mit unserem Konsum im Überfluss bestätigen wir die Ungerechtigkeiten und den Preisdruck auf die Erzeugerinnen und Erzeuger, bei uns und weltweit. Das kann einfach nicht mehr so bleiben. Wenn die Dinge so teuer sind, wie sie sein müssen, um den Produzentinnen und Produzenten auch ein gutes Leben zu gewährleisten, kaufen wir nur das, was wir verbrauchen.



Unter anderem mit dem Fairen Handel haben wir ein wirksames Mittel in der Hand, um privat, aber auch als Kommune verantwortlich einzukaufen und zu konsumieren. Als Fraktion setzen wir das täglich um, wenn wir selbstverständlich nur fair gehandelten Kaffee trinken. Zudem engagieren wir uns in der Steuerungsgruppe »Leipzig handelt fair« für eine Stärkung der Bekanntheit und des Warenanteils fairer Produkte in Leipziger Geschäften und den stadteigenen Firmen.

Und auch im politischen Rahmen sind wir seit Jahren aktiv. Mit den schon gefassten Beschlüssen hat der Leipziger Stadtrat – zumeist durch unsere Initiative – die Verwaltung beauftragt, nachhaltig einzukaufen. So ist es nun endlich gelungen, unsere Schulen mit fair produzierten und gehandelten Bällen für den Schulsport auszustatten. Die Feuerwehr hat auch begonnen, geeignete Kleidung für die Kameraden aus

Fairem Handel einzukaufen. Nun wollen wir die ILO-Kernarbeitsnormen in die Vergabeordnung der Stadt Leipzig hineinschreiben, dazu haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Hiermit beabsichtigen wir, das grundlegend Nötige um die wesentlichen Grundrechte der Produzentinnen und Produzenten unserer Verbrauchsmittel zu sichern (Versammlungsfreiheit, Gleichheit des Entgelts Beseitigung von Zwangsarbeit, Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Ausschluss von Kinderarbeit etc.) Soziale Gerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für den Weltfrieden, und auch für wirtschaftlichen Fortschritt und Stabilisierung.

Mit der breiter werdenden bewussten Basis in unserer Gesellschaft entwickelt sich der Markt fair gehandelter Produkte sehr erfreulich. 2019 hat der Faire Handel einen Umsatz von 2,04 Mrd. EUR gebracht, in einer seit Jahren eindeutigen positiven Kurve.

Es liegt an uns, jetzt unseren Konsum im privaten und kommunal von Mehr auf Fair umzustellen. Wir können viel mehr damit bewirken, als wir vielleicht manchmal meinen.



Beirat Schulbibliotheken,
AG Recht auf Wohnen und
Netzwerk Leipzig handelt fair

- Stellv. Geschäftsführerin
- Jahrgang 1968
- verheiratet
- 3 Kinder

Die Stadt Leipzig im Regionalplan Westsachsen von Bert Sander

Der Regionalplan Westsachsen setzt einen »verbindlichen Rahmen für die räumliche Ordnung und Entwicklung« der Region Westsachsen, die aus der kreisfreien Stadt Leipzig sowie den beiden sie umgebenden Landkreisen besteht; diese Region ist räumlich identisch mit dem Zuständigkeitsbereich des Standortes Leipzig der Landesdirektion Sachsen.

In diesem Planwerk für Westsachsen werden die übergeordneten Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans des Freistaates Sachsen unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Begebenheiten »sachlich und räumlich ausgeformt«. Hier ist also einiges unter einen Hut zu bringen.

Mit gut dreijähriger Verspätung bzw. nach nunmehr zweimaliger Auslegung zur öffentlichen Einsichtnahme der »festlegungsrelevanten Planänderungen« (Stichwort: Bürgerbeteiligung) soll der Regionalplan Westsachsen 2017, der den Regionalplan von 2008 ablösen soll, dieses Jahr Gültigkeit erlangen. Kurz, der Regionalplan Westsachsen ist nicht nur ein Plan neben anderen, er steht nicht am Rande und beiseite, sondern verpflichtet die Stadt Leipzig für die nächsten zehn Jahre in vielerlei Hinsicht.

Wir können an dieser Stelle nur auf zwei Fälle aus diesem Rahmenplan verweisen, auf Fälle allerdings, die zeigen, dass der Regionalplan nicht nur ein großes, abstraktes bzw. nicht dinggebundenes Rad dreht, sondern in örtliche Belange der Stadt Leipzig zielgerichtet eingreift.

Zum ersten: Der zukünftige Regionalplan legt eine erhebliche Ausweitung der bestehenden sogenannten »Siedlungsbeschränkungsmaßnahmen« (Lärmschutz zonen für das Flughafenumfeld) fest (Stichwort: Flächenfraß). Diese weisen Regionen aus, in denen zukünftig keine Schulen, Kindergärten und vergleichbare Einrichtungen mehr gebaut werden dürfen (Tagschutzzone) und in denen, so der Flughafen über eine Nachtfluggenehmigung verfügt, zudem der Bau von Wohnungen eingeschränkt ist (Nachtschutzzone). Unser Kritikpunkt: Der Regionalplan nimmt die Leipziger Stadtratsbeschlüsse, die sich fraktionsübergreifend gegen die geplante Ausweitung von Siedlungsbeschränkungsmaßnahmen aussprechen, nimmt die Einwendungen der Ortschaftsräte, der Stadtbezirksbeiräte, der Bürgerinnen und Bürger bestenfalls zur Kenntnis, allein, umsetzen wird er sie nicht.

Grund für die beabsichtigte Erweiterung des Siedlungsbeschränkungsraums ist die beinahe ausschließliche Belegung der stadtnahen Start- und Lande-Bahn Süd in der Nacht (»reale Bahnnutzung«). Der Stadtrat fordert dagegen, dass die einst im Planfeststellungsverfahren von 2004 verfügte gleichmäßige Belegung von Nord- und Südbahn (50:50-Variante) Grundlage für die Berechnung des Siedlungsbeschränkungsraums sein muss. Ein 2018 von der Stadt in der Stellungnahme zum Regionalplan von 2017 gefordertes Gutachten zur Verkehrsprognose für den Flugverkehr bis 2030, und zwar auf Basis des Szenarios »gleichmäßige Bahnnutzung«, wurde nicht erbracht.

Zum zweiten: Causa »Kiesabbau in Rückmarsdorf«. Frage: Was wiegt schwerer, ist de jure bindender, verpflichtender, eine Grundsatz- oder eine Zielerklärung? Zu meiner Überraschung: die Zielerklärung.

Im Regionalplan von 2008 wurde der Mindestabstand von 300 Metern zwischen einem Abbaufeld und den umliegenden Wohnbebauungen noch als Ziel festgeschrieben, im Regionalplan 2017 ist diese Abstandsregel jedoch zum Grundsatz heruntergestuft worden. Im konkreten Fall: So die Firma Papenburg nunmehr nachweisen kann, dass die »immissionschutzrechtlichen Vorgaben« eigenhalten werden, darf / wird sie den gesetzlich vorgegebenen 300-Meter-Abstand unterschreiten. Und machen wir uns nichts vor: Diesen Nachweis wird die Firma Papenburg mittels Gutachten zu erbringen wissen. – Im Wort »Gutachten« lauert bereits das Wort »gutmachen«.



Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender und
flughafenpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1960
- Lektor, Redakteur,
Lehrbeauftragter
- verheiratet
- 2 erwachsene Kinder

✉ bert.sander@stadtrat.leipzig.de

Den Freiladebahnhof Eutritzsch der Spekulation entziehen!

von Tim Elschner

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will das größte Leipziger Stadtentwicklungsprojekt, das Areal des ehemaligen Freiladebahnhof Eutritzsch, der Spekulation entziehen. Wir halten an den vom Stadtrat beschlossenen Zielen für das künftige sozial- und nutzungsgemischte Neubauquartier fest: der Freiladebahnhof soll ein soziales und ökologisches Vorzeigequartier mit Außenwirkung werden. Deshalb müssen OBM, Stadtverwaltung und Stadtrat jetzt an einem Strang ziehen, um eine gemeinwohlorientierte Projektentwicklung zu ermöglichen.

Wir Grüne stellen uns darauf ein, dass die aktuelle Eigentümerin des Freiladebahnhofs, die österreichische Imfarr, nicht bauen wird. Folgendes Worst-Case-Szenario darf nicht eintreten: Es darf der Eigentümerin des Areals nicht ermöglicht werden, auch nur ansatzweise ohne Berücksichtigung wichtiger Stadtratsbeschlüsse verschieden große Grundstücke aus dem gesamten Areal herauszulösen, um sie lukrativ und renditeorientiert weiter zu veräußern. Die Konsequenz wäre für die Stadt Leipzig in dreifacher Hinsicht bitter: den 2016 eingeleiteten Planungsprozess mit einer umfangreichen Bürger- und Akteursbeteiligung würde die Stadt ohne Not an die Wand fahren, die stadtplanerische Gestaltungshoheit für das Gesamtareal wäre ihr durch eine mutwillige Zerstückelung desselben genommen und die Erprobung der kooperativen Baulandentwicklung würde aller Voraussicht nach jäh gestoppt.

Meine Fraktion hält ungeachtet dessen an den Planungszielen – auch im Sinne der kooperativen Baulandentwicklung – fest: dem großen zentralen Park, dem Schul- und Sportcampus mit einer vierzügigen Grundschule sowie einer fünfzügigen Oberschule, den zwei Kitas sowie an der Verwirklichung von soziokulturellen Einrichtungen. Wir wollen weiterhin, dass mindestens 30 % der Wohnfläche für miet- und belegungsgebundene Wohnungen zur Verfügung stehen. Und der neue Stadtteil ist als autoreduziertes Quartier zu konzipieren. Ohne diese Umsetzung wird es mit uns keine Fortführung der Bauleitplanung geben.

2018 hatten sich die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und Linke für den Abschluss eines ergänzenden städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt Leipzig und der CG Gruppe ausgesprochen, denn in

Bezug auf das zu erarbeitende endgültige Nutzungskonzept zeichnete sich ab, dass sich die wesentlichen und in der Planungs- und Entwicklungsvereinbarung festgeschriebenen »vorläufigen« städtebaulichen (Flächen-) Kennziffern deutlich zugunsten der damaligen Vorhabenträgerin verschoben hatten. Die Bruttogeschossfläche (ohne soziale Infrastruktur) erhöhte sich von ca. 280.000 m² auf zuletzt ca. 320.000 m², ein wirtschaftlich nicht unerheblicher Vorteil. Es war und ist daher weiter richtig, dass sich die Stadt Leipzig diesen Vorteil auf Grundlage einer notwendigen wie vorgesehenen Angemessenheitsprüfung ausgleichen lässt.

Eine Verschiebung hin zu einem mehr an Gewerbeflächen zulasten von preiswertem, wie bezahlbarem Wohnraum und einer Nutzungsmischung im Sinne der europäischen Stadt würde bisherige Planziele und getroffene Vereinbarungen zur kooperativen Baulandentwicklung zudem ad absurdum führen. Abstriche auch hinsichtlich des geplanten ökologischen wie sozialen Vorzeigequartiers werden von uns abgelehnt.

Insbesondere nachfolgende vom Stadtrat beschlossene Punkte sind umzusetzen:

1. Flächenübertragungen und die dazu getroffenen Vereinbarungen zur »Kulturmeile«, dem »Sportpark«, dem »Lokschuppen« sowie dem Schulcampus. Die Kaufvertragsentwürfe darüber sind dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Zusagen, denkmalgeschützte Gebäude instand zu setzen und herzurichten, sind vom Vorhabenträger zu erfüllen.

2. Umsetzung der Prüfergebnisse hinsichtlich des »experimentellen Wohnens«. Modelle zu genossenschaftlichen Bau-, Wohn- und Arbeitsformen nach Münchner oder Wiener Vorbild sollen in dafür vorgesehenen Baufeldern umgesetzt werden.

3. weitere Vertiefung des Gesamtkonzeptes von Stadtverwaltung und Vorhabenträger und bauliche Umsetzungsmaßnahmen mit innovativem Charakter in Bezug auf Regenwasserversickerung, Stadtklima, Begrünung im Quartier, Dachbegrünung, Energieeffizienz und Mobilität ausgearbeitet werden, damit das »ökologische Vorzeigequartier« nicht nur ein »Marketing-Gag« oder »Worthülse« ist. Der Stadtrat hat beschlossen, dass diese als Bauverpflichtung planungsrechtlich verbindlich einzuordnen sind.

4. Berücksichtigung weiterer Planungsziele auf Grundlage eines den Vorhabenträger verpflichtenden Gestaltungshandbuchs zur Absicherung einer qualitätsvollen Bebauung, zu Fragen des Einzelhandels und einzelhandelsnaher Dienstleistungen sowie zur Fortführung der Öffentlichkeitsbeteiligung und informellen Bürgerbeteiligung.

Zum Äußersten muss es jedoch nicht kommen: Für den Fall, dass die Imfarr sich nach einem Käufer umschaute, würde sich der Stadt Leipzig die großartige Gelegenheit bieten, sich in diesem Verkaufsprozess um das Gelände des Eutritzscher Freiladebahnhofs selbst aktiv einzubringen. Es sollte das Interesse der Stadt Leipzig sein, idealerweise gemeinsam mit der Imfarr einen Käufer zu finden, der das öffentliche und gemeinwohlorientierte Interesse unserer Stadt fortan proaktiv unterstützt.

Beispielsweise könnten Gesellschaften der Kommunalentwicklung im Bereich des öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Bankensektors die Stadt außerhalb des kommunalen Haushaltes unterstützen, ihre wichtigen Ziele in der Baulandentwicklung auf dem Areal des Freiladebahnhofs zur Wohnraumbeschaffung und Gewerbeflächenbereitstellung weiterhin in kommunaler Hand zu gestalten. Oberbürgermeister und Stadtverwaltung sind aufgefordert, diese Möglichkeit zu prüfen und ernsthaft in Betracht zu ziehen. Wir Grüne sagen »Ja« zu einer gemeinwohlorientierten Projektentwicklung des Freiladebahnhofs!



Stadtwirtschaftspolitischer Sprecher und Sprecher für Bürgerbeteiligung

- Jahrgang 1968
- Jurist

✉ tim.elschner@stadtrat.leipzig.de
 📘 www.facebook.com/tielsch68
 📷 www.instagram.com/tielsch68
 🐦 twitter.com/tielsch68

Leipzig auf dem Weg zu einer inklusiven Sportstadt

von Monika Lazar

Im Juni 2023 finden in Berlin die Special Olympics, die sportlichen Weltspiele für Menschen mit geistiger und mehrfacher Beeinträchtigung, statt. Es werden ca. 7.000 Athleten und Athletinnen aus 180 Nationen in 25 Sportarten teilnehmen. Diese Spiele werden von einem Begleitprogramm, dem sogenannten »Host-Town-Programm« unterstützt. Dabei werden die Delegierten für vier Tage in Kommunen in ganz Deutschland willkommen geheißen, lernen die Stadt kennen und bereiten sich auf die sportlichen Wettbewerbe vor.

Unsere Fraktion hat im Frühjahr den Antrag gestellt, dass sich die Stadt Leipzig bei diesem Programm bewirbt, um Teil des Begleitprogrammes zu werden. Wir finden, zu Leipzig als traditioneller Sportstadt würde das bestens passen. Nun sind die Vorbereitungen der Ausrichterorganisation Special Olympics Deutschland e.V. durch die Corona-Pandemie etwas in

Verzug geraten. Wir sind aber optimistisch, dass dieses Programm im nächsten Jahr noch startet und sich Leipzig dann bewerben sollte.

Durch den Bewerbungsprozess und die Durchführung können wir erreichen, dass die Stadt Leipzig, die Schulen und die vielen Sportvereine Inklusion und Teilhabe von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung im Sport verbessern und so zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserer Stadt beitragen.

Laut einer Umfrage von 2014 bei Menschen mit Behinderung in Leipzig haben 74 % der Befragten angegeben, Interesse am Sport zu haben und 71 % angezeigt, derzeit Sport zu treiben. Bei 37 % gibt es den Wunsch, Sport gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung auszuüben. Das sind deutliche Zahlen und Ansporn genug, künftig stärker inklusive Sportprojekte zu unterstützen und fördern.

Da 2021 in Leipzig mit dem Deutschen Turnfest bereits eine nächste Sportgroßveranstaltung stattfindet, können wir die Erfahrungen, die wir hier machen, für das Begleitprogramm der Special Olympics nutzen. Auch die Handlungsempfehlungen des Teilhabepplans 2017 – 2024 können dazu genutzt werden.



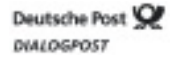
Stadträtin

- Jahrgang 1967
- Mitglied des Deutschen Bundestages

✉ monika.lazar@bundestag.de

Postanschrift:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
04092 Leipzig



Unser Fraktionsvorstand



Foto: Henning Croissant

v.l.n.r. oben: Stefanie Gruner, Dr. Tobias Peter, Kristina Weyh **Mitte:** Sophia Kraft mit Bürgermeisterin Felthaus
unten: Bürgermeister Dienberg, Katahrina Krefft und Bert Sander

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

in der Europäischen Union ist am 25.05.2018 die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Darin werden Unternehmen verpflichtet, transparent mit personenbezogenen Daten, die im Unternehmen verarbeitet werden, umzugehen. Dies nehmen wir zum Anlass, unseren Verteiler zu überprüfen und zu aktualisieren. Sie erhalten / Du erhältst von uns den Ratschlag, unsere Fraktionszeitschrift.

Folgende Daten von Ihnen / Dir erfassen wir in unserer Datenbank:

Vorname
Nachname
Postadresse

Ihre / Deine Daten werden ausschließlich zu diesem Zwecke genutzt. Insbesondere erfolgt keine Weitergabe an unberechtigte Dritte. Wir freuen uns, wenn Sie / Du auch weiterhin den Ratschlag beziehen willst. In dem Falle brauchen Sie / brauchst Du nichts zu tun!


Sie können / Du kannst jedoch jederzeit Ihre / Deine Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Dies können Sie / kannst Du auf folgenden Wegen tun: elektronisch per Mail an:
gruenefraktion@leipzig.de

oder schriftlich an:
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat
Leipzig, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig.


Es gilt die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage www.gruene-fraktion-leipzig.de/index.php/datenschutz.html

Wir danken Ihnen / Dir für Ihre / Deine Unterstützung!
Herzliche Grüße

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 www.facebook.com/gruenefraktionleipzig

 www.instagram.com/gruenefraktion

 twitter.com/StadtratGruene

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 180
Tel.: 123-2179
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Redaktion: Ingo Sasama (V.i.S.d.P), Michael Schmidt, Cordula Rosch, Isabel Fastus

Alle Portraits: Martin Jehnichen

Auflage: 7.000 Exemplare

Gestaltung: Ungestalt GbR, Leipzig,
www.ungestalt.de

Produktion: LZ Medien GmbH